

Statt EU oder EWR: Öffnen wir uns einseitig der Welt

Der Druck der EU auf die Schweiz wächst. Braucht es neue bilaterale Verträge? Einen EWR-Beitritt? Nein. Die Antwort ist die selbstbestimmte globale Öffnung, *findet Reiner Eichenberger*

Die Globalisierung fordert unsere Integrationspolitik gleich mehrfach heraus. Erstens macht sie die aussereuropäischen Märkte für die Schweiz immer wichtiger. Zweitens mindert sie die Attraktivität engerer Bindungen der Schweiz an die EU, weil sie die EU spaltet und lähmt. Denn sie nützt den flexiblen EU-Nordländern, aber sie überfordert die völlig überregulierten Süd- und Westländer. Drittens steigert sie die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit und damit eines schlanken leistungsfähigen Staates, von tragbaren Steuern und einem möglichst freien Handel. Dabei zählt vor allem die Offenheit unserer eigenen Märkte, weil günstige Importe den realen Wert der Löhne erhöhen sowie die Produktionskosten senken und so die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Viertens fördert die Globalisierung die internationale Migration und die Nachfrage der Unternehmen nach ausländischen Spezialisten.

Gleichwohl war die Personenfreizügigkeit bisher nur gut für die Wirtschaft in der Schweiz, aber nicht für die Schweizer. Die Zuwanderung liess zwar die Bevölkerung und damit die gesamte Wirtschaft stark wachsen. Das Pro-Kopf-Einkommen der bisherigen Einwohner erhöhte sie kaum.

Und schliesslich nützt die Schweiz die grossen Chancen der Globalisierung nur unzureichend. Zu Wechselkursen umgerechnet, ist ihr Pro-Kopf-Einkommen rund 90 Prozent höher als etwa in Deutschland. Der enorme Vorsprung geht aber grossenteils durch das überhöhte Preisniveau wieder verloren. Zudem verleitet die komfortable Situation manche Politiker dazu, Geld zu verschwenden und sich in Politikabenteuer mit unabsehbaren Kostenfolgen zu stürzen.

Die sinnvolle Antwort darauf ist die selbstbestimmte globale Öffnung – «Unilateral International». Sie meistert diese Herausforderungen mit fünf Massnahmen: Erstens wird die Schweiz nicht nur gegenüber der EU, sondern international geöffnet. Dazu braucht es keine ewigen Verhandlungen, sondern eine schnelle einseitige Öffnung. Das Patentrecht wird so angepasst, dass es Parallelimporte

nicht mehr behindert. Güter, die den Schweizer Vorschriften entsprechen, erhalten ein Gütesiegel. Die anderen dürfen ebenfalls importiert und gehandelt werden, werden aber mit einer kleinen Lenkungssteuer von vielleicht 3 Prozent belastet, müssen entsprechend gekennzeichnet werden, und auf dem Internet muss die Normabweichung erklärt werden.

Zweitens wird die Personenfreizügigkeit einseitig auf alle OECD-Länder ausgeweitet, aber die Erträge aus den alten schweizerischen Vermögenswerten wie Immobilien, Swisscom, Post, Nationalbankgewinne, Gemeindefwerke usw. werden nicht mehr so wie heute mit den Zuwanderern geteilt. Vielmehr werden sie neu zu gründenden demokratischen Körperschaften übertragen, deren Mitglieder nur die langjährigen Einwohner sind. Während dann Bund, Kantone und Gemeinden ihre Steuern erhöhen und manche Ausgaben z. B. im Sozialbereich senken müssen, können die neuen Körperschaften ihre Gewinne an ihre Mitglieder ausschütten, indem sie ihnen einen Teil ihrer Steuern oder zusätzliche Sozialunterstützung bezahlen. Insgesamt kann so die Einwanderung in nicht diskriminierender Weise gelenkt werden, und die Erträge der bisherigen Einwohner aus der Zuwanderung können erhöht werden.

Drittens schlachten wir unsere dümmste heilige Kuh, die Subventionierung der Mobilität. Der private Verkehr und auch der öffentliche Verkehr müssen ihre externen Kosten von zusammen rund 9 Milliarden Franken bezahlen, und die heutigen Subventionen für den öffentlichen Verkehr von rund 8 Milliarden werden gestrichen. Mit der Entlastung des Staatshaushalts von 17 Milliarden wird die Mehrwertsteuer aufgehoben. Dadurch werden die Grenzen für Parallelimporte völlig geöffnet, was das Preisniveau massiv senkt.

Viertens werden die Landwirtschaftsmärkte liberalisiert und Subventionen abgebaut. Die Landwirtschaft leistet zwar wichtige Beiträge zur Landschaftspflege und Ernährung. Das tut sie aber auch, wenn die Märkte offen und die Subventionen kleiner sind. Dann würde praktisch gleich viel Land wie heute bewirtschaftet, aber von grösseren Betrieben und weniger

intensiv. Dank den riesigen Einsparungen für Steuerzahler und Konsumenten können die Bauern für entgangene Subventionen entschädigt werden.

Fünftens verbessern die Medien ihre Wirtschaftsberichterstattung. Sie bewundern nicht mehr so naiv das Wachstum der grossen Aggregate, das ja nur durch das Bevölkerungswachstum aufgebläht ist, sondern berichten vor allem über die Entwicklungen pro Einwohner. Zudem vergleichen sie die Schweiz weniger mit ihren angeschlagenen Nachbarländern als mit den erfolgreichen skandinavischen Ländern, den Benelux-Staaten sowie besonders erfolgreichen Regionen der grossen Länder. Dadurch nimmt der Druck auf Regierung und Parlament zu vernünftigerer Politik zu.

Natürlich kann das Projekt «Unilateral International» nicht über Nacht umgesetzt werden. Verglichen mit den Alternativen ist eine Umsetzung aber schnell, einfach, billig, risikolos und – liegt alleine in unserer Hand.